

Rede CN Bürgerschaftssitzung 18.12.2019 LINKE-Antrag Drs. 21/19259

Die Stadt der Guten Arbeit auch im Vergabegesetz festschreiben

Sehr geehrte Frau / Herr Präsident (-in),
meine Damen und Herren,

nun werden also schon 14 Euro Mindest-lohn gefordert. Hier zeigt sich, wovor wir Liberalen schon so oft gewarnt haben:

Kaum wurde vor wenigen Jahren mit der Einführung eines Mindestlohns die Büchse der Pandora geöffnet,
liefern sich die Parteien im linken Spektrum des Parlaments einen Überbietungswettbewerb, wer am meisten fordert.

Und die Forderungen werden alle paar Monate höher. Die Vorstellung, ein hoher Mindestlohn würde den Menschen helfen,
ist ein Irrglaube. Gerade für die schwächsten Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft nämlich die Gering- oder Unqualifizierten
ist ein hoher Mindestlohn verheerend. Er verhindert zu häufig den Jobeinstieg und verdammt diese Menschen in die
Arbeitslosigkeit. Viel sinnvoller wäre es, die Chancen zum Jobeinstieg für Arbeitnehmer zu erhöhen anstatt ihnen hohe
Mindestlohn-Hürden in den Weg zu stellen. Zudem kommen bei einem hohen Mindestlohn viele Jobs erst gar nicht zustande,
wenn die Arbeitsproduktivität der Arbeitnehmer unterhalb des Mindestlohns liegt. Hier lohnt es sich für die Arbeitgeber schlichtweg
nicht neue Jobs zu schaffen.

Ein hoher Mindestlohn bedeutet den Ausschluss großer Gruppen Gering- oder Unqualifizierten aus dem Arbeitsmarkt.

Diesen wird die Chance, einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden, massiv erschwert.

Man verdammt sie zu einem Dauerbezug von Transferleistungen. Und von Arbeitslosigkeit hat Niemand etwas.

Der Antrag suggeriert, es bedürfe eines hohen Mindestlohns, um nach 45 Jahren Erwerbstätigkeit auf Mindestlohniveau eine auskömmliche Rente sicher zu stellen. Das ist schon eine sehr merkwürdige Vorstellung.

Ich denke keiner hier im Parlament möchte, dass Menschen 45 Jahre auf Mindestlohniveau arbeiten. Der Mindestlohn ist für niedrigste Tätigkeiten oder Hilfsarbeiten gedacht; für Menschen ohne jegliche Qualifikation und nicht für den qualifizierten Durchschnittsarbeiter. Zudem soll es für Schüler und Studenten möglich bleiben, sich etwas dazu zu verdienen.

Der Bezug des Mindestlohns ist für den Einstieg, den Übergang, den Wiedereinstieg nach längerer Arbeitslosigkeit oder aber für Unqualifizierte gedacht und nicht für ein 45-jähriges Erwerbsleben.

Unser Ansatz hingegen ist weltbeste Bildung und Weiterbildung von der KiTa bis ins Seniorenalter. Wir wollen die Menschen qualifizieren, sie zu Fachkräften machen. Auf diese Weise verdienen sie deutlich mehr als den Mindestlohn.

Daher lehnen wir den Antrag ab.

Vielen Dank!